

2008-03-13

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 30.01.2008

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin
Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 44**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Brumme, Kurt
Mau, Hans-Joachim
Trocha, Harald

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Sanftenberg, Angela

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Hofmeister, Dirk

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung des Stadtrates Dessau-Roßlau. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums zur Sitzung und dessen Beschlussfähigkeit fest.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Dr. Exner gab den Hinweis auf die vorgesehene Erweiterung der vorgeschlagenen Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil durch den Punkt 8.3, wozu die 2/3-Mehrheit (34) der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates zustimmen muss.

Die Abstimmung ergab ein einstimmiges Votum für die Aufnahme (40:00:00).

Bezüglich der zeitlichen Abhandlung der Tagesordnungspunkte unterbreitete Herr Dr. Exner den Vorschlag, den Punkt 7.1 - Bestellung des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters - bereits nach der Bestätigung der Tagesordnung zu behandeln.

Die erweiterte und in der Reihenfolge der Abhandlung der Punkte geänderte **Tagesordnung wurde mehrheitlich beschlossen.**

3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.11. und 19.12.2007

Die Niederschriften wurden genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig erinnerte anlässlich des heutigen Datums an die Geschehnisse vor 75 Jahren, um der Opfer zu gedenken, die das nationalsozialistische Regime in den darauf folgenden 12 Jahren forderte. Er dankte allen, die am vergangenen Sonntag zur Schale in der Kavaliestraße gekommen waren, um der Opfer des NS-Regimes zu gedenken. Die überaus große Resonanz war ein gutes Zeichen, das von unserer Stadt ausging. Herr Koschig mahnte, man könne die NS-Diktatur und den von Deutschland ausgehenden 2. Weltkrieg nicht ungeschehen machen, man kann und muss aber daraus die Lehren ziehen für das eigene Handeln, für die Zukunft unseres Landes. Die Gefahr, die von Hitler und seinen Parteigängern ausging, wurde seinerzeit von einer breiten Mehrheit unterschätzt, am meisten von jenen, die ihm am 30. Januar 1933 in die Reichskanzlei verholfen haben. Weiter führte Herr Koschig aus, die düsteren Schatten, die der Fackelumzug in Berlin am Abend des 30. Januar an die Wände warf, der Widerschein der Fackeln in den Fenstern unter den Linden, wurde zum Fanal der Schatten, die sich auch über Dessau legten, zum Menetekel für die Feuersbrunst des 7. März 1945, die zur fast völligen Zerstörung der alten Residenzstadt führte. Alle sollten dafür Sorge tragen, dass solches nie wieder geschieht. Freiheit und Demokratie bekommt man nicht geschenkt, sie müssen täglich neu errungen werden, sind schützenswertes Gut und entfalten ihre Vorzüge nicht im Selbstlauf. Grundlage unserer Gesellschaft ist die Familie, die des Staates unsere Kommunen. Unserer Kommune zu dienen, haben sich die Stadträte in besonderer Weise verschrieben. Hier im Rat entfaltet sich Demokratie vor Ort, wird sie vor Ort gelebt. Dafür danke er.

Zu den Ereignissen im Berichtszeitraum und auf die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates kommend, informierte Herr Oberbürgermeister,

- dass das Rechtsamt bei der Zusammenstellung der Synopse aus den Zuarbeiten zur Novellierung unserer Hauptsatzung ist. Diese könne in dieser Woche fertig gestellt werden. Die Zuarbeiten der Fraktionen und Ortschaftsräte sind eingegangen und die Einreichungsfrist ist abgeschlossen.
- Die Bürgerinitiative für ein drittes Oberzentrum in Sachsen-Anhalt überreichte am 07.12.2007 eine umfassende Denkschrift als Ergebnis der Arbeit eines ganzen Jahres. Es wurde eine Reihe von Vorschlägen und Handlungsanregungen, die wir umsetzen können und wollen, unterbreitet. Eine Anregung der Initiative könne schneller umgesetzt werden als gedacht, am 17. Juni diesen Jahres ist eine Kabinettsitzung der Landesregierung in unserer Stadt geplant. Nach der Klausurtagung der Verwaltungsspitze im März werde der politische Raum über das weitere Vorgehen informiert.
- In der letzten Sitzung des Stadtrates war die Wildschweinplage Thema. Im Ergebnis der letzten Jagdaktion wurden 114 Stück Schwarzwild erlegt.
- Bei den Gebietsänderungsangelegenheiten gibt es keine neuen Entwicklungen. Herr Koschig erinnerte aber daran, dass man die Unterschriftensammlung für die Eingemeindung der Stadt Wörlitz und der Gemeinde Vockerode in unsere Stadt im Rahmen des Neujahrsempfangs der Stadt Dessau-Roßlau am Dreikönigstag an Herrn Staatssekretär Erben übergeben habe. Für Anfang März ist ein weiteres Gespräch mit den Bürgermeistern des Wörlitzer Winkels geplant.
- Man befinde sich in der Endphase der Bearbeitung des Einzelhandelsgutachtens für unsere Stadt. Es werde erarbeitet von der Firma GMA aus Ludwigsburg. Die Ergänzungen und Korrekturen erfolgten inzwischen. Das Gutachten liegt im Hause vor und wird am 7. Februar 2008 im Beirat und Arbeitskreis Einzelhandel und am 21. Februar in einer gemeinsamen Sitzung von Wirtschaftsausschuss und Bauausschuss diskutiert werden.
- Bei der Firma Pauly Biskuit/Pauly Waffel AG ist es zu einem Eigentümerwechsel gekommen. Den neuen Eigentümern und Geschäftsführern habe er in einem Schreiben gratuliert und viel Erfolg für ihr Wirken in unserer Stadt gewünscht.
- Dank der Initiative von Unternehmern und Unternehmen in unserer Stadt ist es möglich geworden, dass sich die Stadt Dessau-Roßlau an der Wirtschaftsinitiative „IQ Mitteldeutschland“ mit der Auslobung des „IQ Innovationspreises Dessau-Roßlau“ beteiligen kann. Die Ausschreibung ist erfolgt. Dazu werden Flyer verteilt. Wenn Interesse besteht, für diese Auslobung mit zu werben, könne man diese im OB-Büro oder im Wirtschaftsförderungsamt bekommen.
- Herzlich gratulieren könne man zur Auszeichnung des Monats Dezember 2007 in Sachsen-Anhalt der Firma Thyrolf & Uhle, die auch anlässlich des Neujahrsempfanges der Dessau-Roßlauer Wirtschaft den Unternehmerpreis erhalten hat. Anerkennungspreise erhielten die Bäckerei Lantzsch und das Bauunternehmen Schieck +Scheffler.
- Am vergangenen Wochenende konnte die junge Genossenschaft DAKS-Bau ihr 10-jähriges Jubiläum feiern. Sie hat es mit einem Erfahrungsaustausch, einem Symposium mit anderen Wohnungsbaugenossenschaften aus der ganzen Bundesrepublik getan. Man habe sich im Schwabehaus zusammengefunden und neue Projekte diskutiert. Im Rahmen seines Grußwortes habe er auf die auf dem Turm des Kochhauses regelmäßig wehende Fahne der Genossenschaft hingewiesen. Es handelt sich nicht um eine Fahne der Firma Microsoft, sondern um das Logo der Genossenschaft

DAKS-Bau. Herr Koschig habe dort gesagt, es wäre doch schön, wenn dort unsere Dessau-Roßlauer Stadtfahne fröhlich wehen würde, weshalb er sich erlaube, Herrn Dr. Schmidt zum Jubiläum zu gratulieren und ihm die Stadtfahne zu überreichen. Er wünschte weiterhin viel Erfolg in der Arbeit. Von der DAKS-Bau gehen in der Stadt viele Ideen und Initiativen aus. Auch hier wünsche er weiterhin viel Kreativität.

Zum **Baugeschehen bzw. zu Vorlagen** kommend, führte Herr Koschig weiter aus,

- die Mitteilung des Abwägungsergebnisses zum Bebauungsplan der Innenentwicklung als vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13 „Einkaufszentrum Magdeburger Straße“ (jetzt VE-Plan Nr. 57 der Stadt Dessau-Roßlau) erfolgte mit Schreiben vom 22.01.2008.
- Heute erfolgte die Abnahme der Ganztagschule am Zoberberg nach erfolgreicher Generalsanierung. Der Schulbetrieb könne nun kurzfristig aufgenommen werden. Der erste Schultag wird der 13. Februar 2008 sein.
- In der Rodlebener Heidestraße wurde die Straßenausbaumaßnahme im Dezember abgeschlossen und feierlich am 13. Dezember 2007 an die Rodlebener Bevölkerung übergeben.
- Die neue Streetzer Brücke wurde im Dezember für den Verkehr freigegeben. Noch offene Restleistungen sind in Abhängigkeit von der Witterung im I. Quartal fertig zu stellen. Damit ist aber die Baumaßnahme noch nicht abgeschlossen, denn ein Teil des Brückenbauwerkes musste als Behelfsbrücke errichtet werden. Erst nach den Rückbaumaßnahmen der DB AG, die voraussichtlich noch bis zum Jahr 2012 andauern werden, kann die Behelfsbrücke entfernt und durch eine Dammschüttung ersetzt werden. Dazu wird es voraussichtlich 2012 nochmals Bautätigkeiten an der Streetzer Brücke und dann eine erneute Umfahrung geben.
- Die Hauptstraße in Roßlau, für die ursprünglich eine Bauzeit bis 30.04.2008 vertraglich vereinbart war, konnte zum Jahresende überwiegend fertig gestellt werden. Die Witterung ließ es allerdings bis jetzt nicht zu, den bituminösen Deckenschluss herzustellen. Diese Leistungen werden, sobald es das Wetter zulässt, zum Abschluss gebracht.
- Die notwendigen Baumfällarbeiten zum Neubau der Bahnhofstraße wurden in Auftrag gegeben und werden bis Ende Februar 2008 abgeschlossen sein. Die Bauleistungen für den Straßenneubau einschließlich der Umgestaltung des Westausganges sowie die Errichtung des P+R-Parkplatzes sind öffentlich ausgeschrieben. Derzeit wird die Vergabeentscheidung für den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 26. Februar 2008 vorbereitet. Die Realisierung erfolgt dann im Zeitraum März 2008 bis April 2009.
- Die vorbereitenden Arbeiten zur Sicherung der Umleitungsführung für die Maßnahme B 185 (Orangeriestraße), Ausbau Knoten Am Hanfgarten/Anhalterstraße in Mosischkau, wurden öffentlich ausgeschrieben. Derzeit ist die Vergabeentscheidung in Bearbeitung. Am 1. April d. J. soll mit den Baumaßnahmen begonnen werden. Die notwendigen Baumfällarbeiten sind beauftragt und werden bis Ende Februar 2008 abgeschlossen.
- Im Sanierungsgebiet Dessau-Nord wurden die Straßenbaumaßnahmen für den Ausbau der Eduardstraße gemeinsam mit den Leistungen der DVV und der DWG öffentlich ausgeschrieben und auch schon vergeben. Derzeit werden der Bauablauf und der Baubeginn vorbereitet. Die Realisierung ist für den Zeitraum März bis Juni 2008 vorgesehen.

Zu **Ereignissen und Vorgängen in der Verwaltung** berichtete Herr Oberbürgermeister weiter,

- am 17.12.2007 fand die zweite Bewerberrunde zur Umsetzung des Leitbildes des Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie statt. Hier wurden 7 Projekte bestätigt. Träger sind u. a. der Offene Kanal, Förderverein Schulelternrat der Grundschule Waldstraße, zwei Projekte des Multikulturellen Zentrums, ein Projekt der Deutsch-Afrikanischen Initiative, des Freundeskreises des Anhaltischen Theaters sowie des Vereins „Wir mit euch e.V.“ Im halbjährlichen Rhythmus werden weitere Bewerbungsrunden durchgeführt. Hier wurde ein dreijähriger Förderzeitraum mit jeweils 100 T€ jährlich bewilligt.
- Gestern fand hier im Ratsaal die erste Zusammenkunft der Initialberatung für den Arbeitskreis Sicherheitspartnerschaft statt mit einer sehr großen Resonanz aller eingeladenen Vereine, Verbände, Mitarbeiter der verschiedensten Behörden, die sich sehr engagiert dem gemeinsamen Anliegen der Verbesserung der Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt widmen wollen.
- In Vorbereitung ist die Bildung eines Ausländerbeirates, wozu Herr Koschig für März zu einer Anlaufbereitung eingeladen habe. Dieser Beirat erscheine auch angesichts der jüngeren Ereignisse in unserer Stadt sehr erforderlich, um deutlicher auch in der Öffentlichkeit signalisieren zu können, dass sich diese Stadt weltoffen zeigen will, sich der Toleranz verschrieben hat und dies nicht nur in ihrer Tradition und ihrer Geschichte, sondern auch in ihrer Gegenwart und mit Blick auf eine erfolgreiche und gute Zukunft.

In diesem Zusammenhang verwies Herr OB auf unerfreuliche Vorfälle im Amt für Ordnung und Verkehr. Man bekomme zurzeit eine Fülle von Telefax-Nachrichten aus verschiedenen Ecken der Bundesrepublik Deutschland, in denen der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau vorgeworfen wird, einem Gewerbetreibenden aus der Stadt nur deswegen die Gewerbeerlaubnis entzogen zu haben, weil er den Fall Oury Jalloh an die Öffentlichkeit gebracht hätte. Dies stimme so nicht. Es sei eine Kampagne, der man sich schwer erwehren könne. Aber er nutze den Bericht der Verwaltung, um die Stadträte und die anwesende Öffentlichkeit insofern zu informieren, dass es hier ein rechtsstaatliches Verfahren gibt, das in keiner Weise mit dem sehr tragischen Tod von Oury Jalloh zu tun hat. Es handelt sich um ein Gewerbeentzugsverfahren, was deutlich vor dem unglücklichen Tod von Oury Jalloh im Polizeigewahrsam begonnen hatte, mittlerweile durch das Oberverwaltungsgericht gerichtlich ausgeurteilt ist und noch einmal durch ein ergänzendes Urteil des Verwaltungsgerichtes hier in Dessau bestätigt wurde. Inzwischen ist ein rechtsstaatlicher und gesetzlicher Zeitraum verstrichen, so dass der ehemalige Gewerbetreibende die Möglichkeit hat, in der Bundesrepublik Deutschland und in unserer Stadt wieder einen Antrag auf Erteilung der Gewerbebegünstigung zu stellen. Diese ist ihm nach sorgfältiger Abwägung aller vorliegenden Tatsachen und Begebenheiten verweigert worden. Dagegen hat er Rechtsbehelf eingelegt, das Widerspruchsverfahren läuft. Man befindet sich also in einem ordentlichen Verfahren, was in aller Sorgfalt auch vor dem Hintergrund der Einwürfe, der sich die Stadt zu erwehren hat, durchgeführt wird. Es stehe aber in keinerlei Zusammenhang mit dem tragischen Vorfall um Oury Jalloh. Herr Koschig werde zum Fortgang des Verfahrens an geeigneter Stelle weiter informieren. Momentan ist der Rechtsanwalt des ehemaligen Gewerbetreibenden dabei, die Begründung zum Widerspruch vorzulegen.

Seinen Bericht fortsetzend, informierte Herr Koschig,

- dass am 27. Dezember 2007 das 9. Internationale Handballturnier der Männer um den „Peugeot-Cup“ stattfand, an dem 6 Mannschaften teilnahmen und zu dem fast 2.000 Zuschauer anwesend waren. Turniersieger wurde die Handballmannschaft aus Brest, Weißrussland.
- Am 5. Januar 2008 war das 9. Hallenfußballturnier der Männer um den „Ford-Cup“, an dem 6 Mannschaften teilnahmen und weit über 2.000 Zuschauer gekommen waren. Hier waren die Fußballer des Dessauer SV 05 nur knapp unterlegen. Turniersieger wurde der FC Union Berlin. Negativ müsse angemerkt werden, dass zahlreiche angereiste Fußballfans aus Berlin und Halle die Veranstaltung gestört haben. Deshalb habe man sich entschlossen, den FC Union Berlin und den Halleschen FC im kommenden Jahr nicht einzuladen, weil es auch den Mannschaften nicht gelungen war, ihre Fans zu einem ordnungsgemäßen Verhalten anzuhalten.
- Am Sonnabend, dem 26.02.2008, fand eine Außenprojektion von der Marienkirche an den Rathausanbau statt. Es war ein Projekt der Hochschule und projiziert wurden Bilder, die handelsübliche Alltagsprodukte (Lebensmittel, Haushaltselektronik usw.) im potentiellen Erwerbungszustand und anschließend als Alltagsmüll zeigen. Z. B. wurde ein Fernseher im Verkaufsregal und anschließend als Müll auf der Straße oder im Wald gezeigt. Zielgruppe waren die Verbraucher in unserer Stadt. Unterstützt wurden die Projekte vom Kulturamt unserer Stadt und von der Stiftung Bauhaus.
- Man könne auf einen sehr schönen Neujahrsempfang am 6. Januar 2008 im Anhaltischen Theater zurückblicken. Unsere Stadt und das Anhaltische Theater waren würdige Gastgeber am 7. Januar für den Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau. Bei der Sammlung von Unicef am Rande des Neujahrsempfangs wurde 384,- € gesammelt. Er dankte allen, die gegeben haben.
- Herr Koschig habe eingangs darauf verwiesen, dass das Fundament unserer Gesellschaft die Familie ist. Dies wurde in besonders schöner Weise bewiesen beim jüngsten Allianz-Cup, nämlich dem inzwischen 14. Internationalen E-Junioren-Turnier am 26. und 27. Januar 2008. 24 Mannschaften aus Deutschland und Österreich nahmen daran teil, darunter die gesamten Bundesligaspitzenklubs. Er dankte allen ehrenamtlichen Helfern bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung, aber vor allem auch bei der Unterbringung der jungen Fußballer in den Gastfamilien. Hier konnte er dankbar feststellen, dass sie in unseren Familien gute Gastgeber gefunden haben und damit ein sehr schöner Beleg gegeben wurde, dass wir uns zwar mit vielen Phänomenen auseinander zu setzen haben, denen wir uns auch stellen, nicht nur mit dem Jugendamt, sondern mit vielen Initiativen und Vereinen, dass aber die Normalität in unserer Stadt immer noch die gesunde Familie ist, die auch gern Gastgeber ist. Die Rolle des Sports und die hervorragende Nachwuchsarbeit unserer vielen Sportvereine können hier nicht deutlich genug gewürdigt werden.

Zur **Begründung eines dringlichen Eilbeschlusses** legte Herr OB Koschig dar, die Stadt Dessau führte seit Mai 2005 Verhandlungen mit Rechtsvertretern der Erbengemeinschaft Herzog Joachim Ernst von Anhalt über den Rückerwerb von restituierten Kunstgegenständen nach § 5 Ausgleichleistungsgesetz. Dabei handelte es sich um Kunst- und Kulturgut, das nach Bestimmungen der Bodenreform nach 1945 den Alteiligenthümern entwendet worden ist und nun rückübertragen werden muss. Nach gründlicher Recherche der betreffenden Einrichtung und rechtlicher Prüfung kam es im Verlauf des Jahres 2005 zur Ausformulierung einer Gütlichen Einigung zwischen den Parteien. Durch die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt, der Lotto-Toto GmbH Sachsen-Anhalt, der Kulturstiftung der Länder, der Stadtparkasse Dessau und der Ostdeut-

schen Sparkassenstiftung wurde die Stadt in die Lage versetzt, die notwendigen Mittel für den Erwerb der Kunstwerke aufzubringen, die nach Entscheidung der Stadt, unseres Bundeslandes und entsprechender Gutachter für unsere Stadt und unser Bundesland unverzichtbar sind. Alle anderen Kunstwerke, Porzellangegegenstände u. Ä. werden der Erbgemeinschaft entsprechend der Gesetzeslage ausgehändigt. Die Aushändigung ist vorbereitet.

Bis Dezember 2007 konnte eine einvernehmliche Gütliche Einigung mit der Erbgemeinschaft nicht erreicht werden. Durch das persönliche Engagement des Kultusministers unseres Landes zum Jahreswechsel, konnte bei der Erbgemeinschaft bewirkt werden, die Gütliche Einigung auch zu vollenden. Im anderen Fall wären die Verhandlungen gescheitert. Die dann durch die Erbgemeinschaft unterschriebene Gütliche Einigung besagte, dass bis 22. Januar das von der Stadt Dessau-Roßlau unterzeichnete Exemplar bei der Erbgemeinschaft bzw. bei dem Rechtsanwalt der Erbgemeinschaft vorliegen muss. Auf Grund dessen habe er nach Beratung mit dem Hauptausschuss am 16. Januar von seinem Eilentscheidungsrecht Gebrauch gemacht und den Vertrag mit der Erbgemeinschaft unterzeichnet. Die Finanzierung ist durch das Land und die Kulturstiftung der Länder bereits erfolgt. Damit ist ein Stück der jüngeren Vergangenheit und der Auseinandersetzung mit dem Herzogshaus im Guten abgeschlossen worden.

Herr Koschig wünschte abschließend der Plenartagung einen erfolgreichen Verlauf und dankte für die Aufmerksamkeit.

4.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Koschig merkte an, dass keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der Sitzung am 19. Dezember 2007 gefasst worden sind.

5. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1. Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezog sich auf die Umsetzung der KdU-Richtlinie zum 01.01.2008, worüber sich seine Fraktion und sicher auch die Verwaltung sehr gefreut haben. Ärgerlich mache aber, dass das Sozialamt „Wohnen Hartz IV in Dessau“ Informationsblätter herausgibt, die überholt und aus dem Jahr 2005 sind. Er bitte darum, dass in Zukunft die neue KdU-Richtlinie für die Alg-II-Empfänger bzw. Sozialhilfeempfänger herausgegeben wird und nicht falsche Informationen herauskommen. Es sei für die Leute total verwirrend, in der Zeitung zu lesen, dass eine neue Richtlinie beschlossen wurde und ein Merkblatt von 2005 wird herausgegeben. Es gab dazu Anrufe in der Fraktion, weshalb er um Klärung bitte.

In Anbetracht der Regenfälle der letzten Wochen stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, mehrere Fragen an den Baudezernenten. Sie betrafen den gegenwärtigen Grundwasserstand und den Umgang mit diesen Problemen. Um dieser für die Bevölkerung wichtigen Komponente des Schutzes des Eigentums und der Wertbeständigkeit eine entsprechende Wertschätzung zukommen zu lassen, sei es erforderlich, dass man dieses Thema wieder neu aufnimmt. Es werde deutlich, dass die Aktivitäten der Vergangenheit sicherlich Erfolge gezeichnet haben, das Problem an sich aber noch nicht im Griff ist. Insofern bat er darum,

1. in einem überschaubaren Zeitraum (Ende April/Anfang Mai) einen Situationsbericht zur Lage zu erstellen, also zur Grundwassersituation in Dessau, wo Dessau-Alten massiv betroffen ist;
2. Effekte der bisherigen Maßnahmen einzuschätzen;
3. konkrete weitere Schritte zur Beseitigung dieses Problem aufzuzeigen.

Er bat Herrn Bürgermeister Gröger, einen Hinweis zu geben, ob es möglich ist, in der genannten zeitlichen Schiene zu diesem Thema im Stadtrat entsprechende Informationen zu erhalten.

In seiner Erwiderung führte **Herr Bürgermeister Gröger** aus, dass aufgrund der Witterungsverhältnisse der letzten 10 Wochen mit dem sehr hohen Anteil an Regenfällen die offenen Vorfluter, insbesondere auch unter Berücksichtigung des permanent hohen Wasserspiegels in der Wasserführung von Mulde und Elbe einen Rückstau auf die Grundwasserleitung der Stadt Dessau-Roßlau implizierten. Diese Problematik beschäftige uns schon seit mehreren Jahrzehnten. Sicherlich ist es kein Problem, einen aktuellen Situationsbericht, insbesondere auf der Grundlage der Gutachten, die man in den letzten Jahren zur Einschätzung der Grundwasserganglinien in Abhängigkeit der Elbe- und Muldeführung habe, darzustellen. Es wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet.

Herr Gröger warnte bei einer solchen Aufgabenstellung, der er sich nicht entziehen wolle, vor einer überzogenen Erwartungshaltung, da man ein Problem nicht lösen könne: Das sei, dass die Grundwasserstände, so wie sie in der Stadt vor 70/80 Jahren waren, nicht erreicht werden können. Die täglichen Entnahmemengen von 40 bis 45.000 Kubikmeter pro Tag werden nicht realisiert, weil es dafür keine Abnehmer mehr gibt. Das hänge mit der Industrie und mit der Wasserverbrauchsentwicklung in dieser Stadt insbesondere seit der Wende zusammen.

Die Darstellung des aktuellen Standes und möglicherweise auch in dem ein oder anderen Fall eine punktuelle Maßnahmebeschreibung sei sicherlich möglich. Nicht möglich sei, das Phänomen des phasenverschobenen Grundwasseranstieges in Abhängigkeit von Wasserführung von Mulde und Elbe zu beseitigen. Dazu müsste man flächendeckend für die Stadt ein geschlossenes System haben, um das Grundwasser niedrig zu halten. Das sei nicht bezahlbar. Diese Überlegungen sind vor gut 12 bis 15 Jahren untersucht, aber nicht weitergeführt worden, weil es nicht umsetzbar war. Insofern könne man sich im Bauausschuss im April/Mai zu dieser Problematik besprechen.

Herr Glathe, CDU-Fraktion, kam auf ein von ihm im vergangenen Jahr angesprochenes Problem zur Müllentsorgung zurück. Er hatte angeregt, einen Abfallkalender zu

erstellen, damit die Bürger besser Bescheid wissen, wann der Müll abgeholt wird. Frau Moritz vom Stadtpflegebetrieb hatte sofort reagiert und gesagt, dass das Problem bekannt ist und daran gearbeitet wird. Groß war die Freude, als Anfang Januar der Abfallratgeber in unsere Haushalte kam und darin auch ein Abfallkalender war. An dieser Stelle wolle er für die Erledigung ein Dankeschön sagen.

Als Abschluss dieses Tagesordnungspunktes wurde **Herrn Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, das Wort übergeben. Anlässlich der jährlichen Verleihung des von den Stadträten der FDP-Fraktion gestifteten „Rhetorik- und Kommunikationspreises“ hielt er eine Laudatio auf Karl Gröger und beglückwünschte ihn zur Auszeichnung mit diesem Preis. (Die Laudatio ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Herr Bürgermeister Gröger brachte seine Überraschung zum Ausdruck, auf die er in keiner Weise vorbereitet war und deshalb ganz besonders gelungen sei. Bereits im Juni, bei der letzten Stadtratssitzung der Stadt Dessau habe er gesagt, dass er gern diese Zeit genutzt und seine Kraft in den Dienst dieser Stadt gestellt habe. Dass das soviel Anerkennung findet, freue ihn umso mehr. Er bedankte sich für die Anerkennung.

7. Beschlussfassungen

7.1. Bestellung des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters Vorlage: DR/BV/020/2008/I-OB

Durch den Oberbürgermeister wurde eine kurze Einführung in die Beschlussvorlage hinsichtlich des durchgeführten Verfahrens gegeben. Er wies darauf hin, dass Herr Bückner, welcher für die Bestellung als Generalintendant vorgeschlagen wird, anwesend ist und für Fragen zur Verfügung steht.

Herr André Bückner stellte sich dem Gremium persönlich vor. Er merkte an, 39 Jahre alt und seit 4 Jahren Intendant des Nordharzer Städtebundtheaters in Halberstadt/Quedlinburg zu sein. Vorher war er stellvertretender Intendant am Theater in Wilhelmshaven und seine Laufbahn begann vor ca. 15 Jahren im Ruhrgebiet, am Theater Dortmund. Stationen seiner Tätigkeit waren dann Theater in Graz, Nürnberg, Mannheim, Bremerhafen und zahlreiche andere Orte. Bevor er in die Leitungstätigkeit in Halberstadt einstieg, war er 5 Jahre als freier Regisseur tätig.

Seine Arbeit charakterisierend, bezeichnete sich Herr Bückner als jemand, der in seiner Theaterarbeit auf die Stadt und den Ort, in der er arbeitet, zugeht. So habe er z. B. in Halberstadt zahlreiche Projekte auch innerhalb des öffentlichen Raums organisiert und inszeniert, sowie Spielpläne erstellt, die sich durchaus im Rückgriff befinden auf die kulturhistorischen Wurzeln der Stadt und der Orte. Er arbeitet bspw. zusammen mit der Stiftung Mitteldeutsche Barockmusik, mit der Bundeskulturstiftung in Halle, mit der Moses-Mendelssohn-Akademie, mit der Kurt-Weill-Gesellschaft für ein Projekt in Halberstadt. Dies sei skizzenhaft dargestellt, wofür er in seiner Theaterarbeit stehe. Seines Erachtens müsse Theater ein Diskussionsort und ein offener Ort für das kulturelle Leben in einer Stadt sein. Theater ist immer auch ästhetische und inhaltliche Herausforderung und Kunstgenuss in einem. Dieser inhaltlichen Fragestellung und dieser Herausforderung wolle sich Herr Bückner hier in Dessau am Anhaltischen Theater gern stellen und mit den Möglichkeiten dieses renommierten und traditionsreichen Hauses möchte

er gern ein Theater für diese Region entwickeln. Selbstverständlich seien dabei die Traditionslinien des Musiktheaters und eine scharfe Profilierung des Schauspiels, des Tanzes, des Puppentheaters, aller Sparten dieses Hauses, die alle gleichwertig miteinander in dieser Stadt präsent sein sollen, fortzuführen. Insofern glaube er, dass trotz der finanziellen schwierigen Situation, die natürlich vor uns liegt, es gelingen kann, dieses Haus zu sichern und leistungsfähig zu machen und weiterhin Aufführungen auf hohem künstlerischem Niveau anzubieten. Diesen Spagat zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und künstlerischem Anspruch habe er an seinen bisherigen Wirkungsstätten immer sehr gut gemeistert. So habe man in Halberstadt einige sehr bittere Kürzungen hinnehmen müssen, die trotzdem ohne Absenkung des künstlerischen Niveaus aufgefangen wurden. Stattdessen wurden neue Publikumsschichten entwickelt, neue Menschen angesprochen und für das Theater begeistert. Herr Bücker denke, dass dies auch hier gelingen kann und er möchte diese Begeisterung mitbringen und in die Stadt tragen.

Ein herzliches Willkommen brachte **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**, zum Ausdruck. Da diese Stadt mit seinem überregional ausstrahlenden Theater seinen Schwerpunkt im Musiktheater habe, fragte er, ob Herr Bücker dieses so fortsetzen werde. Das bejahte **Herr Bücker** und betonte, ihm sei bewusst, dass das Musiktheater eine tragende Säule sei und auch das Renommee des Dessauer Hauses sei ihm bewusst. Es werde sicherlich besonders darauf geachtet, dass diese Traditionslinie auch fortgesetzt wird.

Als langjähriger Besucher des Dessauer Theaters fragte **Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, wie Herr Bücker zu Werktreue und Modernität stehe. Er erinnere sich z. B. an eine Rheingold-Aufführung im Dessauer Theater, bei der die Akteure Nazi-Armbinden trugen. Ihm hatte diese Aufführung musikalisch sehr gut gefallen, aber dieses Flair habe s. E. überhaupt nicht gepasst.

Darauf erwiderte **Herr Bücker**, er stehe natürlich für modernes Theater. Aber er stehe ganz eindeutig für inhaltlich fundiertes, handwerklich gut gemachtes Theater, d. h. es muss gut gedacht und gut gemacht sein, dann finde man auch immer eine Basis mit dem Publikum. Seine Intention sei auch, neue Publikumsschichten zu entdecken, ohne das angestammte Publikum zu verschrecken. Es werde sicherlich die eine oder andere ästhetische Herausforderung geben, er meine aber, wenn man diese Inhalte aus dem Theater in die Stadt gut kommuniziert, erreiche man das Publikum. Damit habe er immer gute Erfahrungen gemacht und denke, das werde auch hier gelingen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und der Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner, brachte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Herrn Bücker wurden durch den Oberbürgermeister und Vertreter der Fraktionen im Stadtrat Dessau-Roßlau Glückwünsche ausgesprochen und Blumen überreicht. Er brachte im Anschluss seinen Dank für diese Wünsche, für das entgegen gebrachte Vertrauen und auch für die Gesprächsangebote zum Ausdruck.

Der Stadtrat gab sein einstimmiges Votum für die Bestellung von Herrn Bücker als Generalintendant des Anhaltischen Theaters.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

**7.2. Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/017/2008/V-50**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, gratulierte Herrn Scholz und wünschte ihm alles Gute für sein Wirken, viel Erfolg und Glück bei der Arbeit.

Herr Scholz bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versicherte, sich für die gemeinsame Stadt Dessau-Roßlau einzusetzen, was er auch schon mit der Heinz-Rühmann-Begegnungsstätte bewiesen habe, welche deutschlandweit bekannt sei.

**7.3. Vorübergehende Bestellung des ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/018/2008/V-50**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:03:06

Herr Siebert wurde durch den **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner**, beglückwünscht und die Hoffnung auf Erfolg bei der Ausübung seiner Tätigkeit ausgesprochen.

**7.4. Neufassung der Vergnügungssteuersatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/303/2007/II-20**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 44:00:00

7.5. 3. Änderung zur Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer

(Vergnügungssteuersatzung) der Stadt Dessau vom 09. Dezember 1993, zuletzt geändert am 30. November 1995
Vorlage: DR/BV/309/2007/II-20

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.6. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 101-D/D1 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1"
Vorlage: DR/BV/292/2007/VI-61

Herr Bürgermeister Gröger merkte in seiner Einführung an, dass nach der erfolgten Abwägung der Satzungsbeschluss formuliert wurde und man im Vorfeld die Eckpunkte, den Vorhaben- und Erschließungsplan mit dem B-Plan Gewerbegebiet, zusammengeführt habe.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.7. Abbruch des Bürogebäudes einschließlich Nebengebäude Wörlitzer Platz 2, 06844 Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/338/2007/VI-65

Herr Bürgermeister Gröger verwies darauf, dass die in der Finanzierung vorgegebene Förderungsquote in Höhe von 60 % bislang erreicht wurde und damit gesichert ist. Man wolle aber noch durch andere Förderprogramme auf eine Entlastung des Eigenmittelan-teiles der Stadt hinarbeiten. Wenn die Förderung endgültig klar ist, werde der Stadtrat noch einmal informiert, bevor man mit der eigentlichen Maßnahme beginnt.

Aus der Anlage 1 der Beschlussvorlage gehe hervor, dass nur eine Raseneinsaat mit 30 cm Oberboden vorgesehen ist, merkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Er gehe davon aus, dass das Mutterboden sein soll. Da schon im hinteren Bereich des Wörlitzer Bahnhofs damit angefangen wurde, zumindest punktuell Baumpflanzungen vorzusehen und diese natürlich mehr als 30 cm brauchen, rate er an, gleich die Pflanzlöcher entsprechend zu bestücken. Da reiche der Füllkies nicht aus und es müsste entsprechend vorgefüllt sein. Der Hinweis werde aufgenommen, erwiderte **Herr Bürgermeister Gröger**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 43:00:00

7.8. Übertragung der kommunalen Kindertagesstätten - Aussetzung der Maßnahmen und weiteres Verfahren **Vorlage: DR/BV/021/2008/ Link**

Für die Einreicher gab **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, eine Einführung in die Vorlage und bat zunächst um Korrektur des Datums 31.03.2007 in 31.03.2008 im Punkt 2 des Beschlussvorschlages. Des Weiteren führte er aus, nach langer Überlegung und eingehender Prüfung seien die Einreicher zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Vielzahl der Punkte, die ursprünglich zur Beschlussfassung der Übertragung aller Kindertagesstätten in freie Trägerschaft gehörten, noch einmal eingehend hinterfragt werden müssen. Die geänderten Bedingungen u. a. auch die Fusion der Städte Dessau und Roßlau und die Eingemeindung von Rodleben in die Stadt halten die ursprüngliche Beschlussfassung und auch die Begründung nicht mehr darstellbar. Dabei gehe es in erster Linie gar nicht darum, die Übertragung von Kindertagesstätten an freie Träger an sich zu verhindern, sondern aus mehreren Gründen sei die ursprüngliche Begründung für die tatsächliche Durchführung des Beschlusses zu dünn.

Wie auch der Begründung zu entnehmen ist, sei ein wesentlicher Punkt die Frage der Beteiligung der Mitarbeiter im Rahmen des § 613a BGB. Diese ist jetzt wieder durchzuführen, da mehrere Kindertageseinrichtungen von der ursprünglichen Beschlussfassung nicht erfasst werden, weil sie seinerzeit noch nicht zum Stadtgebiet gehörten. Darüber hinaus sei man in Rodleben an den geschlossenen Vertrag gebunden, der den Erhalt der Einrichtung in kommunaler Trägerschaft ausdrücklich garantiert.

In diesem Zusammenhang müsse man sich natürlich auch fragen, inwieweit diese Fassung für den neuen Stadtrat, der ja jetzt die Übertragung beschließen müsste, überhaupt noch bindend sein kann, weil das Stadtrecht von Dessau und damit auch die früheren Beschlussfassungen untergegangen sind.

Der zweite wesentliche Punkt ist das Konsolidierungspotential. Die Stadt Dessau beabsichtigte zum damaligen Zeitpunkt, einen Konsolidierungsbeitrag von etwa 75 T€ zu erreichen. Zwischenzeitlich gebe es Entwicklungen, zu denen den Stadträten verlässliche Zahlen fehlen und die man trotz wiederholtem Nachfragen nicht bekommen habe. Der Konsolidierungsbeitrag in Höhe dieser 75 T€ sei nicht mehr erreichbar. Stattdessen erhöhen sich die Ausgaben durch verschiedene Faktoren immer weiter, die auch bis heute seitens der Verwaltung nicht vollständig dargestellt wurden, so dass man fragen muss, warum noch übertragen, wenn wir den Konsolidierungsbeitrag, der Ausgangspunkt war, möglicherweise überhaupt nicht mehr erreichen können.

Es ergeben sich immer mehr Fragen, die die ursprüngliche Beschlussfassung zu hinterfragen erforderlich machen. Das Interessenbekundungsverfahren und dort die Beteiligung der Mitarbeiter der Kindertagesstätten und der entsprechenden Elterngremien haben gezeigt, dass vielfach mit Vehemenz für einen Verbleib der Einrichtungen bei der Stadt gekämpft wird. Wenn man diese Willensbekundungen, sowohl der Mitarbeiter als auch der Eltern, nicht völlig übergehen wolle, müsse man sich auch diesem Punkt noch einmal gesondert widmen. Dieser Begründung folgen die entsprechenden Beschlussziffern 1 und 2, die das Fundament der Überprüfung des Sinnes der Durchführung dieser Beschlüsse liefern sollen. Bisher arbeite man ohne Zahlen. Man habe ein Interessenbe-

kundungsverfahren durchgeführt, ohne Zahlen und konkrete Vorgaben an die freien Träger, wie die Kostenstrukturen auszusehen haben. Das sei so nicht handhabbar.

Der dritte Punkt in dem Beschlussvorschlag greift ein ganzes Stück weiter in die Zukunft. Wenn man davon ausgeht, dass möglicherweise dieses Konsolidierungspotential in der ursprünglichen Form nicht mehr darstellbar ist, müsse man Alternativlösungen erarbeiten. Mit dem Punkt 3 gibt es noch keine konkrete Richtung, geschweige denn eine Entscheidung, aber wir benötigen, um Entscheidungen treffen zu können, Alternativkonzepte. Genau diese Alternativkonzepte sollen in einem möglichst zeitnahen Raum auch entsprechend für die Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Man könne diesen Prozess, der zwischenzeitlich, ab Stadtratsbeschluss gerechnet, fast drei Jahre und seit Beginn des Interessensbekundungsverfahrens schon wieder über ein Jahr dauert, in der Form nicht länger dahin dümpeln lassen. Das sei eine Katastrophe für alle Beteiligten, deshalb seien zugegebenermaßen die terminlichen Vorgaben recht eng gesetzt.

Ergänzende Aspekte brachte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, zum Ausdruck. Es gehe darum, aus der Situation eine Lösung auf den Weg zu bringen, die im Stile einer Auffanglösung agiert. Insofern könnte die Konstellation einer gGmbH so funktionieren, dass man sich im Rahmen der Überleitung an einen Träger gar nicht mal vom alten Beschluss entfernen müsse. Darüber hinaus sei es mit dem heutigen Beschluss möglich, dort wo dieser Übertragungsprozess im Ansatz zwischen neuem freien Träger, Elternschaft und Personal weit gediehen ist, diesen zu Ende zu begleiten, sofern das vom Personal und Elternschaft gewollt ist. Am Ende gelte es, der Verantwortung des Stadtrates den Eltern und Kindern gegenüber und nicht zuletzt als Dienstherr des städtischen Personals gerecht zu werden.

Dass es eine Katastrophe ist, was seit zwei Jahren passiert, bestätigte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, dennoch zieht Herr Bönecke den falschen Schluss. Die CDU-Fraktion lehnt diese Vorlage entschieden ab. Die Unsicherheit, weil der Prozess so schlecht geführt wird, sei verständlich. Sie wolle daher an den Ausgangspunkt zurückgehen und vor allem die Außenwirkung vor Augen führen. Man habe vor 2 Jahren den politischen Auftrag gegeben und die Beschlusslage Überführung der Kindertagesstätten in die freie Trägerschaft geschaffen. Inzwischen habe man es geschafft zu sagen, diese Träger bekommen diese Einrichtungen. Man sei jetzt dabei, die Vertragsgrundlagen zu erarbeiten mit den Trägern. Wobei man natürlich schon wieder hinterfragen kann, warum es nicht vorher fertig war.

Es sei völlig unmöglich, zu diesem Zeitpunkt zu sagen, danke für die Mühe, es ist prima, dass ihr zwei Jahren diesen Stress ausgehalten habt, wir beenden das jetzt. Hier frage sie, wie das nach außen aussieht. Es habe nichts mit Herrn Bönecke oder der Links-Fraktion zu tun, sondern der Blick müsse zurückgehen in die Verwaltung. Man habe einen schlecht geführten Prozess, keine Transparenz, eine negative öffentliche Wahrnehmung und fehlende Konsequenzen in der Verwaltungsspitze, weil es seit langem bekannt ist, dass dieser Zustand untragbar ist. In diese Richtung bitte sie gemeinsam zu schauen.

Ihre Außenwahrnehmung gegenüber den Trägern ist, man habe Verbände und Vereine, die eine wichtige soziale, ökonomische und gesellschaftliche Aufgabe in dieser Stadt haben. Die Johanniter, der Behindertenverband, die Diakonie, seien alles anerkannte

Verbände. Diese schädige man nachhaltig in ihrem Ruf. Man ziehe sie durch die Presse, von Einzelpersonen heißt es, wir wollen euch nicht. Das sei eine negative Botschaft, was die Träger nicht verdient haben. Ursache ist, dass der Prozess so schleppend und schlecht geführt wurde. Und man verunglimpfe nicht nur, sondern man erwecke den Eindruck, dass die freien Träger zu teuer sind. Das sei der nächste negative Eindruck, den man mit in den Stadtraum als Botschaft gebe, wenn man so einen Beschluss fasse. Ihr Ziel sei, und sie appelliere an Herrn Oberbürgermeister Koschig, sich dieses Problems anzunehmen, eine Lösung zu finden und wenn in diesem Bereich jemand überfordert ist, die Konsequenzen zu ziehen und den Prozess so zu führen, dass man endlich aus dieser Nummer ordentlich herauskommt und zwar mit den Verbänden und Vereinen. Man könne das nicht über 2 Jahre so schleppen lassen und dann sagen, nun machen wir alles anders. Das sei keine verantwortungsvolle Verwaltungsarbeit. Deshalb sage sie nochmals, dass die CDU-Fraktion diese Vorlage entschieden ablehnt.

Herr Eichelberg führte aus, die **SPD-Fraktion** sei auch nicht damit einverstanden, was im Moment passiere. D. h. das Versäumnis liege nicht bei den Stadträten, sondern woanders, was geklärt werden müsse. Er könne auch die Antragsteller verstehen, der vorliegende Antrag könne aber von der SPD-Fraktion so nicht mitgetragen werden. Er gehe schon zu weit, denn im Punkt 3 gehe es schon um die gGmbH oder um den Eigenbetrieb. Man habe im Moment eine andere Beschlusslage. Man müsse erst einmal überzeugt werden, dass diese falsch ist. Die SPD-Fraktion könnte den Punkt 2 mittragen, d. h. Prüfauftrag – betriebswirtschaftliche Betrachtung. Er sei auch aus dem Finanzausschuss informiert, dass das schon passiert. Man müsse in Ruhe sehen, was für die Kommune das Beste ist.

Er sei im Jugendhilfeausschuss, erklärte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates**, und könne im Moment nicht sagen, woran man tatsächlich arbeitet. Auf Anfragen an Herrn Wolfram, wie der Stand der Bearbeitung ist, habe er geantwortet, dass er sich alle Elternvoten und alle Prozesse, die in diesem Entscheidungsablauf relevant waren, zu Gemüte gezogen und ein paar Dinge für sich als Erkenntnis gewonnen habe, wie man den Beschluss des Ausschusses umsetzen könne. Es waren aber ein paar Dinge herauszuhören, wo er sage, aufgrund dessen, dass es von Elternreaktionen brisante Eingriffe gegeben hat, gebe es inzwischen keine Aktualisierung dessen, was damals vom Ausschuss auf den Weg gebracht wurde. Es gibt einen Träger, der sich zurückgezogen hat, es gibt keine neue Entscheidung, wie man verfahren will, zumindest keine, die der Ausschuss getroffen hat. Wenn Herr Wolfram von etwas spricht, was er umsetzen will, frage er, durch welchen Beschluss das gedeckt ist. Den gibt es nämlich nicht. Woran wirklich gearbeitet wird, könne er im Augenblick auch nicht sagen. Deshalb sei es wichtig, ein Stopp zu setzen, um ein Verfahren in die Reihe zu kriegen und um den politischen Raum wieder an das Thema heranzubringen.

Fehler habe auch der Stadtrat gemacht, denn man habe vor Jahren mit der Konsolidierungsbeschlussfassung einen Prüfungsauftrag gegeben, wie es wäre, wenn man die Variante des Eigenbetriebes nutzen würde. Das hat die Verwaltung nicht gewollt. Man habe sich fachlich außer Stande gesehen, dieses Thema zu verarbeiten und es auch nicht gewollt und man habe es hingenommen, dass es so war. Diese gGmbH wäre oder könnte aber eine Alternative für den Fall sein, dass man nicht alle Einrichtungen über die Bühne bringt. Es sei tatsächlich ein Bedarf da, sich mit diesem Thema zu befassen. Es gebe in Halle z. B. Eigenbetriebe, die sich mit dieser Thematik beschäftigen.

Wenn man schon den Stopp aufmacht und sich damit befasst, was eigentlich in dem Verfahren noch machbar und tatsächlich kontrollierbar ist und ob es auch noch die Intention des Hauses ist, gehöre zur Wahrheit auch die Frage: Wenn es so nicht geht, was ist dann die Alternative? Also geht eigentlich der ganze Beschluss nur im Zusammenhang aller drei Punkte, sonst wäre die ganze Geschichte unvollkommen.

In der Verantwortung befinden sich die Stadt und wir als politischer Raum, das dürfe man dabei nicht außer Acht lassen. Man könne bei dem Thema Kindereinrichtung machen was man will, ein heißes Eisen ist es auf jeden Fall. Aber wir haben eine Verantwortung für das Personal und vor allem für die Kinder und für den sozialen Raum. Und um der zu entsprechen, gehöre das ganze Paket wieder auf den Tisch. Das Thema müsse in die Öffentlichkeit, das gehöre zur Ehrlichkeit und Fairness dazu auch gegenüber den Trägern, um die es geht. Sich zu korrigieren, sei nicht verkehrt und auch ein Stück weit ehrlich, auch wenn es weh tut. Da man das in der letzten Zeit auch selbst an vielen Enden schleifen ließ, sollte man über diesen Weg versuchen, es zurückzubekommen. Bevor es aber in der Diskussion vom Tisch gefegt wird und man gar nichts in der Hand habe, sollte man die Möglichkeit nutzen und es in den Ausschüssen diskutieren, Jugendhilfe-, Finanz- und Hauptausschuss. Aber es ganz abzulehnen, halte Herr Hoffmann für falsch.

Herr Oberbürgermeister Koschig merkte an, es liege die Beschlussvorlage zweier Fraktionen vor, die nach seiner Lesart im Wesentlichen das Überdenken einer weit reichenden Entscheidung auf der Grundlage einer soliden Analyse bewirken soll. Dieses Überdenken halte er für sehr wichtig, notwendig und für dringend geboten.

Als Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau habe er am 1. Juli diese Beschlusslage für die ehemalige Stadt Dessau vorgefunden und jüngst in aller Öffentlichkeit erklärt, dass sie in Rechtsnachfolge natürlich auch umzusetzen ist. Er wolle aber an seine abschließende Bemerkung zum Neujahrsempfang im Anhaltischen Theater hinweisen, dass es auch immer wieder mal gut ist, eine Pause zu machen und die Axt zu schärfen. Genau das werde in der Vorlage unter dem Beschlusspunkt 2 vorgeschlagen. Die Beschlusslage der Stadt Dessau existierte nämlich nicht in der ehemaligen Stadt Roßlau (Elbe) und von diesem Beschluss war schon damals nicht die Kindereinrichtung von Rodleben erfasst, wie Stadtrat Bönecke für die Einreicher feststellte. Sie ist insofern auch jetzt nicht automatisch allgemeingültig für alle Kindereinrichtungen der Stadt Dessau-Roßlau.

Er konnte keine Analyse und keinen wirtschaftlichen Vergleich finden, auf dessen Basis dieser Beschluss im Stadtrat Dessau gefasst wurde und mit dem der Nachweis der Wirtschaftlichkeit oder gar eines Haushaltskonsolidierungsbeitrages angetreten wurde. Wie auch Stadtrat Bönecke ausführte, kann der Konsolidierungsbeitrag von 75 T€ tatsächlich nicht nachgewiesen werden. Im vergangenen halben Jahr habe Herr Koschig nicht nur mit dem Sozialdezernenten, sondern auch mit der zuständigen Amtsleiterin Gespräche geführt.

Bis heute könne er auch nicht erkennen, wie die arbeitsrechtlichen Probleme, auch darauf hatte der Einreicher hingewiesen, geklärt werden sollen, die sich daraus ergeben, dass eben nicht alle Kindereinrichtungen in freie Trägerschaft übergehen sollen. Gleichzeitig stehe bereits jetzt fest, dass nicht in allen Fällen ein freiwilliger Übergang, eine freiwillige Überleitung möglich sein wird. Auf die Frage, wie mit diesem Umstand

umgegangen werden soll, gibt es keine zufrieden stellende Antwort und allein diese müsste hier im Stadt und den zuständigen Ausschüssen zielführend diskutiert werden.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen lassen bei einer Finanzierung der Kindereinrichtungen in freier Trägerschaft über Pauschalen einen sehr begrenzten Spielraum im Umgang mit unwirtschaftlichen Einrichtungen. Das KiföG schreibe zwingend eine Defizit-Finanzierung durch die Kommunen vor. Das bedeutet, auch wenn die Pauschalen für 9 von 10 Einrichtungen auskömmlich sind und nur eine Einrichtung, aus welchen Gründen auch immer, nicht mit diesen Pauschalen auskommt, habe die Stadt nur zwei Möglichkeiten. Entweder sie zahlt den Defizitausgleich oder sie nimmt die Einrichtung zurück. Das müsse jedem klar sein. Die Finanzierungsrichtlinie ist kein Allheilmittel, sie stellt die Finanzierung nur auf nachvollziehbare, einheitliche und vergleichbare Grundlagen, aber sie löst nicht das Problem unterschiedlich wirtschaftender Träger.

Der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt hat in seinem Bericht über die Prüfung der Kindereinrichtungen der Stadt Dessau ausdrücklich empfohlen, die Wirtschaftlichkeit einer Übertragung aller Kindereinrichtungen in freie Trägerschaft vor der letztendlichen Entscheidung auf der Grundlage einer Analyse zu prüfen und dem Stadtrat vorzulegen. Die Forderung des Landesrechnungshofes macht vor dem Beschlussvorschlag Nr. 2 ebenfalls wieder Sinn. Für die Kindereinrichtungen, die bei der Stadt verbleiben, muss in jedem Fall auch eine wirtschaftlichere Betreibung als derzeit untersucht werden, z. B. als Eigenbetrieb oder gemeinnützige Gesellschaft. Wenn aber nur zwei Einrichtungen (Roßlau, Rodleben) bei der Stadt bleiben, wäre das möglicherweise zu aufwendig. Zumindest für die Stadt Roßlau hatte man das vor einigen Jahren einmal versucht und ist zu diesem Schluss gekommen, dass sie als Regiebetriebe bleiben.

Allein aus diesen vorgenannten Gründen halte Herr Koschig ebenfalls eine Überprüfung der Entscheidung für sehr wünschenswert, für dringend geboten. Auf der Grundlage eines soliden Datenmaterials sollte dies unbedingt erfolgen. Es müssen gleichzeitig die offenen arbeitsrechtlichen Fragen abschließend beantwortet werden. Nicht sachdienlich sei, jetzt Schuldfragen zu klären und in die Vergangenheit zu schauen. Es ist die Basis für diese Entscheidung in der Vergangenheit zu überprüfen. Deshalb habe er veranlasst, dass die Analyse durch sach- und fachkompetente Mitarbeiter der Verwaltung nunmehr zügig erarbeitet wird, um sie den Stadträten vorzulegen, dass auf dieser Grundlage auch eine Entscheidung möglich ist. Dazu werden Verwaltungskräfte dem zuständigen Sozialdezernat zugeführt. Man werde dies in jedem Fall tun und das Material im Finanz- und Jugendhilfeausschuss vorlegen.

Die Auseinandersetzung mit den finanziellen Auswirkungen der Übertragung der Kindereinrichtungen in freie Trägerschaft ist vom Finanzausschuss zu Recht gefordert worden und werde auch dem Stadtrat nicht erspart bleiben. Wenn sich die Entscheidung nach wie vor als richtig erweist, sollte sie dann aber auch wirklich für alle Kindereinrichtungen getroffen werden, wobei man dann auch konsequent bleiben sollte, denn nur so können seines Erachtens arbeitsrechtliche Probleme, wie vorhin geschildert, vermieden werden. Mit der Beschlussfassung zum Punkt 2 verleihe man einer dringend erforderlichen Maßnahme kommunalpolitischen Nachdruck. Wenn diese Zahlen vorliegen, könne man fundiert Entscheidungen bestätigen oder aber auch korrigieren.

Herr Bähr, Fraktion der FDP, legte dar, es sei viel Richtiges gesagt worden, aber er tue sich schwer, ohne Zahlen Entscheidungen zu treffen. Man sei aber auf dem fal-

schen Weg, wenn man das Ganze erst aussetze. Es wäre ein völlig falsches Zeichen, auch wenn es bis zum 30.06. befristet sein sollte. Eine Ausgründung in den Eigenbetrieb, wie vor 2 Jahren schon einmal diskutiert und abgelehnt, würde durchaus Sinn machen. Eine gGmbH würde ihm gut gefallen, denn da könne man ausrechnen, was die ganze Sache kostet, könnte sie vielleicht im Rahmen der Beteiligung gleich an einen mit verscherbeln. Dann wäre das ganze Problem auch weg. Aber es sei die Frage, ob das die Lösung ist, die wirklich gewollt wird und ob man, wenn man das macht, nicht in 2 Jahren noch einmal anfängt. Man löse das Problem nicht, wenn man es nach hinten schiebe und man brauche jetzt Problemlösungen. Dafür benötigt man Zahlen und eine Erarbeitung. Hier sei letztlich die Verwaltung in der Verantwortung. Er bat darum, die Vorlage in den Hauptausschuss, notfalls unter Hinzuziehung des Jugendhilfeausschusses zu verweisen. Ob jetzt die 2 oder 3 durch die Fusion hinzu gekommenen Kindereinrichtungen mit dabei sind oder Jahre später nachkommen, halte er im Moment nicht für tragisch. Er stelle den **Antrag zur Verweisung** in den Haupt- und Personalausschuss zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss, um einen Plan zu machen, wie es weitergehen soll.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte die Frage, wofür man einen Fachausschuss habe, in den diese Sache gehört.

Herr Schönemann betonte, so einfach wie dargestellt sei die Sache nicht. Nicht seine Fraktion hätte dieses Problem in die Öffentlichkeit getragen, sondern der Vorgang selbst habe es öffentlichkeitswirksam gemacht. Auch wollte sie diese Konstellation der Übertragung nicht in die Schiene der Konsolidierung geschoben haben. Das war nicht ihre Strategie. Die eigentlichen Hintergründe liegen in der Personalstruktur der Gesamtverwaltung und deren Genehmigungsqualität gegenüber der Aufsichtsbehörde. An diese sollte man sich erinnern. Insofern seien gegenseitige Schuldzuweisungen an dieser Stelle fehl am Platz, wo nicht geklärt ist, warum und weshalb dieser Prozess bisher so stattgefunden hat. Er habe mit Herrn Bönecke einen Kompromissvorschlag erarbeitet, wie man mit dieser Vorlage umgeht. Wir sind im Zwang. Eine grundsätzliche Ablehnung wäre auch das falsche Signal an dieser Stelle. Herr Bönecke werde diesen Vorschlag dem Gremium vortragen.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, führte aus, Frau Lohde habe gesagt, es sei klar, welche Einrichtungen an welche Träger gehen. Das ist falsch. Es habe sich ein Träger zurückgezogen, für dessen Bewerbung es überhaupt noch keine Regelung gibt. Man habe eine völlig offene Baustelle, selbst in diesem eng begrenzten Bereich. Was auch immer wieder gefallen ist: Vertrauen nicht verspielen. Das Vertrauen habe man in der desolaten Begleitung dieses Beschlusses und des Prozesses längst verspielt. Auch dort, und nicht etwa durch diese Beschlussvorlage, ist es dazu gekommen, dass freie Träger in Misskredit gezogen wurden. Es gehe nicht darum, die Übertragung an freie Träger gänzlich auszublenden. Er habe auch immer wieder, auch im Finanzausschuss gesagt, man brauche die freien Träger für die Vielfalt. Aber man halte es für falsch, zum jetzigen Zeitpunkt mit einer Augenbinde blind in eine Richtung zu laufen und Entscheidungen zu fällen, die uns nachher teuer zu stehen kommen, wenn wir sie revidieren müssen. Es stelle sich dann die Frage, was passiert mit Einrichtungen, die wir nicht übertragen haben. Was passiert, wenn Einrichtungen an die Stadt zurückfallen, weil man z. B. nach den entsprechenden gesetzlichen Regelungen den Defizitausgleich nicht mehr zahlen kann oder will. Wo sind dann die Organisationsformen. Die Alternative ist, wenn man einen Teil der Einrichtungen in einer entsprechen-

den Struktur bei der Stadt hält, habe man eine Auffanglösung auch für solche möglicherweise kritisch denkbaren Fälle. Es gehe also nicht darum, irgendwelche freien Träger aus dem Prozess herauszunehmen. Man brauche die freien Träger für die Vielfalt, aber man halte die momentane Verfahrensweise für äußerst bedenklich.

Zu dem Kompromissvorschlag selbst: Es wird der **Antrag** gestellt, die **Ziffer 3**, die für äußerste Kontroverse sorgt, **in die Ausschüsse Haupt- und Personalausschuss, Ausschuss für Finanzen und Jugendhilfeausschuss sowie in den Begleitausschuss zu verweisen.**

Die Ziffern 1 und 2 seien Fragen menschlicher Vernunft, die es zu klären gilt, und bleiben hier zur Abstimmung gestellt.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, führte aus, er habe Probleme mit der Wahrnehmung von Zeit. Es werde gesagt, dass der Prozess 1 ½ - 3 Jahre läuft. Man habe am 8. November 2006 den Beschluss gefasst, was aber 14 ½ Monate sind.

Richtig ist, dass nicht alles optimal gelaufen ist und dass man in dieser Zeit eine Fusion hatte, d. h. es gibt ein neues Rechtssubjekt und es sind einige Aufgaben zu lösen. Eine Aufgabe ist z. B., die finanzielle Situation oder den Vergleich zwischen freien Trägern und kommunalen Einrichtungen darzustellen, was Herr Koschig aus dem Bericht des Landesrechnungshofes zitiert hat. Es wäre interessant, wenn man als Stadtrat diesen Bericht bekäme, damit man das genau nachlesen kann. Das habe der Finanzausschuss aber schon in Auftrag gegeben und es gibt die Zusage des OB, dass diese Zahlen erarbeitet werden. Es gehe jetzt darum, dass der Finanzausschuss seine Arbeit macht und das auch einfordert.

Man müsse aber an einer Finanzierungsrichtlinie für die freien Träger weiter arbeiten. Es müsse z. B. geklärt werden, was mit der Kindereinrichtung in Roßlau wird. Kommt diese mit in das Übertragungspaket hinein, wie sind da die Konditionen, muss es eine entsprechende Beschlusslage im Stadtrat geben? In dieser Richtung müsse man weiter arbeiten.

Es sei an der Stelle kein gutes Signal zu sagen, wir müssen weiter arbeiten, aber gleichzeitig wolle man den Prozess stoppen. Das wolle ihm nicht einleuchten, denn die Entscheidung, welcher freie Träger welche Einrichtung bekommt, werde erst fallen, wenn die entsprechenden Vereinbarungen abgeschlossen sind. Das brauche noch seine Zeit, dazu ist die Finanzierungsrichtlinie notwendig. Erst dann habe es der Stadtrat wieder in der Hand und es wird der entsprechende politische Beschluss gefasst. Insofern sei die Arbeit, sicherlich bald mit Unterstützung des neuen Sozialdezernenten in der eingeschlagenen Richtung fortzusetzen. Man sollte durch den Beschluss den Prozess nicht mehr durcheinander bringen, als dass man ihm nutzt.

Er sei wegen des Berichtes des Landesrechnungshofes angesprochen worden, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Dieser gehe jetzt in die Ausschüsse. Was die Kindereinrichtung betrifft, gibt es zwei in Roßlau, eine Kindertagesstätte und einen Hort.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dass zwei Geschäftsordnungsanträge vorliegen, worauf **Herr Oberbürgermeister Koschig** erklärte, der Termin 30.03.2008 sei knapp bemessen. Er sicherte zu, dass bis zum 30.04.2008 die ge-

wünschten Unterlagen des Beschlussteles 2 geliefert werden, wodurch man dem Vorschlag von Herrn Bähr folgen könne.

Auf Antrag von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, erfolgte eine 5-minütige Auszeit. Anschließend gab **Herr Schönemann** das Ergebnis der Auszeit bekannt. Er unterbreitete folgenden Kompromissvorschlag, womit man den Vorschlag von Herrn Bähr aufnehme:

Man beziehe den heutigen Beschluss auf Punkt 2, wo es um die unbedingt erforderliche Analyse des eigentlichen Sachstandes geht.

Die Punkte 1 und 3 will man, weil es der Analyse folgende entsprechende Schritte wären, in die Ausschüsse überweisen als logischen Arbeitsauftrag, zu klären, ob der Prozess zu unterbrechen ist oder nicht.

Nach der Analyse sei weiterer Beratungsbedarf da. Es gibt die Variante einer solchen Auffanggesellschaft, wenn nötig. Wenn der Prozess nach eindeutiger Überprüfung nicht zu beherrschen ist, müsse man ehemals neue Richtungen vorgeben. Ohnehin habe man im Augenblick Probleme, ein Konzept zu erkennen. Das alles wäre auf den Weg zu bringen und sozusagen im Ausschuss abzuklären. Damit sei das im freien Bereich der Beratung, man gehe überhaupt kein Risiko ein. Wichtig sei, den Punkt 2 auf den Weg zu bringen, dann wäre man wieder Herr des Verfahrens. Großen Wert lege er aber darauf, dass der Begleitausschuss seiner ihm angedachten Rolle gerecht wird, denn da sei die Politik gemeinsam mit der Verwaltung vertreten. Entschieden werde es ehemals in den Fachausschüssen, aber die zielführende Arbeit könne und müsse der Begleitausschuss leisten.

Herr Bähr, CDU-Fraktion, erklärte, er bleibe bei seinem Antrag, die Vorlage komplett in die Ausschüsse zu verweisen.

Zu bedenken gab **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, es sei schwierig, wenn ein Dokument, was drei Punkte hat, auseinandergepflückt wird. Insofern müsste man einzeln darüber abstimmen. Es stelle sich die Frage, wie dann eigentlich der Beschluss heißt. Der Beschluss heiße jetzt „Übertragung der kommunalen Kindertagesstätten – Aussetzung der Maßnahmen und weiteres Verfahren“. Aus seiner Sicht wolle man jetzt die Aussetzung der Maßnahmen nicht machen. Gleichzeitig gibt es eine Zusage des Oberbürgermeisters, bis zum 30.04.2008 die Zahlen auf den Tisch zu legen und der zuständige Ausschuss wird das kooperativ und kreativ begleiten. Der Jugendhilfeausschuss werde das auch begleiten und der Hauptausschuss werde sich dem Thema annehmen. Insofern sei der ganze Beschlussvorschlag für ihn müßig.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, verwies auf den gemachten Kompromissvorschlag. Er habe Herrn Bähr so verstanden, dass er auf den Punkt 2 abheben und den Antrag unterstützen würde. Dass das jetzt eine andere Sicht ist, damit komme er jetzt nicht ganz klar. Der Beschlussvorschlag heiße dann wie folgt: „Übertragung der kommunalen Kindertagesstätten – weiteres Verfahren“ und „2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ...“ das andere könne man nachlesen. Die Punkte 1 und 3 sollen in die Ausschüsse verwiesen werden, wie bereits erwähnt, Hauptausschuss, Finanzausschuss, Jugendhilfeausschuss und Begleitausschuss.

Auf die Frage von **Herrn Hartmann, SPD-Fraktion**, was ein Begleitausschuss ist, führte **Frau Förster, Leiterin des Jugendamtes**, aus, dieser Ausschuss werde unter Lei-

tung von Herrn Wolfram geführt, unter Beteiligung der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses. Er setzt sich also aus Verwaltung und Politik zusammen. Seitens des Jugendhilfeausschusses waren Herr Geier, Herr Ledwa, Frau Schnirch vertreten. Frau Schnirch ist nicht mehr im Ausschuss und es muss eine Nachbesetzung erfolgen.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, verwies auf die drei vorliegenden Geschäftsordnungsanträge.

- Der weitestgehende sei der von Herrn Bähr, nämlich den gesamten Antrag zu den Punkten 1-3 in den Hauptausschuss, den Finanz- und Jugendhilfeausschuss zu verweisen.
- Weiterhin bestehe der Antrag von Herrn Schönemann, wobei er davon ausgehe, dass das ein Antrag der Einbringer ist, nämlich die Punkte 1 und 3 zu verweisen.
- Des Weiteren gebe es den Antrag von Herrn Dr. Schmidt, über jeden der Punkte einzeln entscheiden zu lassen, ob sie verwiesen werden oder nicht.
- Wenn bis dahin nichts verwiesen ist, hätte man dann eine inhaltliche Änderung, die die Einreicher zu ihrem eigenen Beschluss machen.

Es erfolgte die Abstimmung zu den genannten Anträgen.

1. **Antrag zur Verweisung des gesamten Antrages** - mehrheitlich **abgelehnt** (03:33:01).
2. **Antrag zur Verweisung der Punkte 1 und 3** - mehrheitlich **abgelehnt** (16:21:00).
3. **Antrag von Herrn Dr. Schmidt**
 - Abstimmung zur **Verweisung der Ziffer 1 in den Haupt-, Finanz- und Jugendhilfeausschuss** - mehrheitlich **abgelehnt** (18:21:00).
 - Abstimmung zur **Verweisung der Ziffer 2 in den Haupt-, Finanz- und Jugendhilfeausschuss** - mehrheitlich **abgelehnt** (11:27:01).
 - Abstimmung zur **Verweisung der Ziffer 3 in den Haupt-, Finanz- und Jugendhilfeausschuss** - mehrheitlich **abgelehnt** (02:34:03).

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dass der Beschlussvorschlag hier im Hause bleibt und vom Einreicher dahingehend modifiziert wird, dass in der Unterüberschrift die Worte „Aussetzung der Maßnahmen und“ gestrichen werden. Weiterhin müsse es unter Punkt 2 richtiger Weise heißen „2008“. Man komme nun zur **Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag**, nämlich zur Abstimmung der Sache. Der gesamte Antrag werde jetzt geschlossen abgestimmt. Dieser bestehe aus den Punkten 1, 2 und 3. Herr Dr. Exner verwies darauf, dass er keine Geschäftsordnung auf dem Tisch habe, dass das getrennt abgestimmt werden soll.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ergriff das Wort und legte dar, es sei im Rahmen des Verfahrens folgendes passiert. Es sei im Abstimmungsverfahren übrig geblieben, den Punkt 2 zu verweisen oder nicht. Der Rest der Vorlage beinhalte seinen ursprünglichen Antrag, der zu Beginn abgelehnt worden ist. Es bleibe übrig, das Problem nicht zu vertagen, sondern wie weiter zu verfahren ist und 2. zum Beschluss zu machen. Die Punkte 1 und 3 seien im Grunde entfallen.

Es habe seinen guten Grund, warum er immer an gewissen Stellen vorlese, was zur Beschlussfassung steht, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**. Er habe deutlich gesagt „es sind folgende 4 Worte herausgenommen worden“. Es liege kein Antrag vor, dass eine ganze Ziffer 2 herausgenommen worden ist.

Herr Oberbürgermeister Koschig stellte den Geschäftsordnungsantrag, wenn die Ziffer 2 noch zur Beschlussfassung stehe, aus dem 31.03.2007 den 30.04.2008 zu machen.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, machte deutlich, der Einreicher wolle die Ziffern 1 und 3 des Beschlussvorschlages nicht mehr aufrechterhalten.

Im Ergebnis der Abstimmung sei man in der Beschlusskonstellation unterlegen, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fest. Von den Einzelpositionen bleibe am Ende der Punkt 2 übrig. Dieser Beschluss werde seitens des Einreichers übernommen, einschließlich der Korrektur des Datums in 30.04.2008.

Wenn er das Procedere richtig in Erinnerung habe, habe man einzeln über eine Überweisung abgestimmt, merkte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an und benannte die einzelnen Abstimmungsergebnisse. D. h., dass der Beschlussvorschlag, so wie er jetzt da ist mit den 3 Punkten, nach wie vor zur Abstimmung stehe, oder aber, es gibt einen Antrag von Herrn Schönemann, dass ab sofort die Punkte 1 und 3 gestrichen sind. Das müsse schriftlich vorgelegt werden und dann werde nur noch über den Punkt 2 abgestimmt.

Das sei genau seine Sicht der Dinge, erwiderte **Herr Dr. Exner** und benannte den geänderten Beschlussvorschlag:

- **Streichung** der Worte „**Aussetzung der Maßnahmen und**“ im Titel der Vorlage,
- **Streichung der Punkte 1 und 3 des Beschlussvorschlages**,

Somit bezieht sich der **Beschlussantrag des Einreichers ausschließlich auf den Punkt 2** der ausgereichten Beschlussvorlage mit der Änderung, die der Einreicher übernommen hat, nämlich aus dem 31.03.2007 den **30.04.2008** zu machen.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 21:15:01

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den **Stadtratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner**, beendet.

Dessau, 08.04.08

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer